



**NIEDERSCHRIFT**

<b>Sitzung:</b>	Ausschuss für Schule und Soziales IV/7
<b>Sitzungstag:</b>	Donnerstag, den 08.09.2016
<b>Sitzungsort:</b>	Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 1
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	17:55 Uhr

**TAGESORDNUNG**

1. Öffentliche Sitzung
  - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
    - 1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner
    - 1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
    - 1.1.3. Einwohnerfragestunde
  - 1.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse
  - 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

**BEREICH SCHULE**

- 1.4. Beschlüsse
- 1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
  - 1.5.1. GPA-Teilbericht "Schulen der Hansestadt Wipperfürth im Jahr 2014"/Teilbericht Schülerbeförderung  
Vorlage: V/2016/484/1
- 1.6. Empfehlungen an den Rat
- 1.7. Anfragen
- 1.8. Anträge
- 1.9. Mitteilungen
- 1.10. Verschiedenes

**BEREICH SOZIALES**

- entfällt -

2. Nichtöffentliche Sitzung  
- entfällt -



**Verwaltungsvertreter/in**

Dalmus, Ute	intern
Kamphuis, Leslie	intern
Ottofülling, Diana	intern
Willms, Herbert	intern

**Schriftführerin**

Stracke, Katja	intern
----------------	--------

**Gäste**

Herr Ch. Stock	OVAG Gummersbach
----------------	------------------

**Es fehlte:****Ratsmitglieder**

Hewald, Georg	Die Linke
---------------	-----------

- 1 Öffentliche Sitzung**
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- Der Ausschussvorsitzende Herr Mederlet begrüßt die Öffentlichkeit, den Bürgermeister, Frau Kamphuis, andere Vertreterinnen der Verwaltung, den Kämmerer, sowie Herrn Dr. Corssen von der BLZ. Besonders begrüßt er Herrn Stock von der OVAG.
- Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
- 1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner**
- entfällt –
- 1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung**
- Die Tagesordnung wird anerkannt.
- 1.1.3 Einwohnerfragestunde**
- entfällt -
- 1.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse**
- entfällt -
- 1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW**
- entfällt -
- BEREICH SCHULE**
- 1.4 Beschlüsse**
- entfällt -
- 1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss**
- 1.5.1 GPA-Teilbericht "Schulen der Hansestadt Wipperfürth im Jahr 2014"  
/Teilbericht Schülerbeförderung  
Vorlage: V/2016/484/1**

Herr Mederlet bedankt sich vorab bei der Verwaltung für das Protokoll der Sondersitzung des ASS vom 06.07.2016. Hier wurden alle Fragen in Zusammenarbeit mit der OVAG umfangreich beantwortet, die in der Sitzung von Seiten des Ausschusses gestellt wurden.

Der Ausschussvorsitzende weist auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hin, der als Tischvorlage verteilt wurde und als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist.

BM von Rekowski leitet in die Thematik ein und erläutert den Hintergrund des GPA Berichts, der den Anlass gibt sich mit dem Schülerspezialverkehr (SSpV) intensiv zu befassen. Er macht deutlich, dass die Verwaltung zu dem Entschluss gekommen sei den aufrecht zu erhalten.

Herr Kremer (CDU) verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion. Er erläutert unterschiedliche Überlegungsvarianten. Es besteht 1. grundsätzlich die Möglichkeit auszusteigen und den Schülerspezialverkehr aufzulösen. Variante 2 bedeutet alles so weiter wie bisher und Variante 3 wäre Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Für die CDU sei die Beibehaltung des SSpV der richtige Weg. Eine Neu-Ausschreibung hält er für nicht erforderlich, da die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) als verlässlicher Partner gelte. Die CDU wolle den Vertrag mit der OVAG um ein Jahr, bis zum 31. Juli 2018, verlängern. Bis dahin hat die Verwaltung gemeinsam mit der OVAG und den Grundschulen Gespräche zu führen und ein Konzept zu erarbeiten, wie durch ein angepasstes Leistungsangebot deutliche Kosteneinsparungen ab 2018/19 möglich sind.

Herr Mederlet (SPD) macht noch einmal deutlich, dass natürlich auch der Schulausschuss den finanziellen Rahmen des Haushalts im Blick haben muss. Als Ausschussvorsitzender und für die SPD-Fraktion betont er, dass die Zustimmung zur Beibehaltung des SSpV eben auch Ausdruck bewusster politischer Prioritätensetzung im Haushalt darstellt. Die Absetzung des SSpV wäre nur vordergründig eine haushalterische Einsparung. Er gibt als Beispiel die Stadt Rösrath an, wo aktuell dem regelmäßigen Verkehrschaos vor Schulen mit neuen Haltestellen begegnet werden soll, die unterm Strich auch kostenträchtig den Haushalt belasteten und obendrein mehr Umweltbelastung und weniger Verkehrssicherheit durch den verstärkten Abhol- und Bringverkehr vor Schulen zur Folge hätten. Z.B. an der Antonius Grundschule wäre ein Verkehrschaos vorprogrammiert. Für alle würde sich die Situation verschlechtern.

Die Argumente gegen die Aufhebung des Schülerspezialverkehrs sind aus Sicht des Ausschussvorsitzenden daher aus mehreren Gründen nicht sinnvoll. Die Stadt ist mit der Zusammenarbeit mit der OVAG zufrieden. Sie ist verlässlich, genauso wie die Mitarbeiter. Der SSpV ist ein aktiver Beitrag für ein familienfreundliches Wipperfürth. Das Vertrauen der Familien in die Schulstadt Wipperfürth würde Risse bekommen. Der SSpV ist zudem ein Steuerungsfaktor für die Stabilisierung von Schulstandorten. Als Beispiel erwähnt er die Transportzusage von Thierer Kindern zu den Grundschulen Agathaberg und Wipperfeld in 2008 nach Schließung der Grundschule.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion strebt in der Perspektive eine Anpassung des bestehenden Vertrags mit der OVAG an, der unterm Strich ein qualitativ hochwertiges Angebot beibehält, aber Kosteneinsparungen zum Ziel hat. Hierzu ist es erforderlich, dass Gespräche mit den Vertragspartnern Stadt, Rat, OVAG, Schulen und Lehrern stattfinden. Als Maßnahmen könnten z.B. die Schulanfangszeiten zu ändern sein oder Zwischenfahrten und Standzeiten optimiert werden. Wichtig sei zudem der enge Kontakt zu den Eltern. Gerade vor dem Hintergrund, wenn unter Punkt 1 die Kosten für die freiwillige Mitbeförderung erhöht werden, müssen die Eltern genügend Zeit haben ggf. alternative Lösungen organisieren zu können.

Herr Mederlet fasst noch einmal die Änderungen aus dem Antrag der SPD in Verbindung mit dem Antrag der CDU zusammen.

zu Punkt 1: Die Stadt hat die Eltern umgehend schriftlich über die Erhöhung der Beiträge für die freiwilligen Beförderung ab 2. Schulhalbjahr im Schuljahr 2016/17 zu informieren.

zu Punkt 2: Hierzu gibt es keine Anmerkung. Herr Mederlet stellt nur den Betrag i.H.v. 7.500 € in Frage.

zu Punkt 3: Hierzu gibt es ebenfalls keine Anmerkung. Der Schülerspezialverkehr wird fortgesetzt.

zu Punkt 4: Die Verwaltung wird beauftragt, im Einvernehmen mit der OVAG, die schriftliche Zustimmung zur Verlängerung des Vertrages zur Schülerbeförderung bis spätestens 31.07.2018 zu vereinbaren. Der bestehende Vertrag wird rechtssicher modifiziert.

Bis Mai 2017 wird die Verwaltung angehalten, die Kosteneinsparungen zu prüfen und hierüber, nach entsprechenden Gesprächen, den Ausschuss für Schule und Soziales zu informieren. Ein neues Konzept könnte spätestens zum Schuljahr 2018/19 in Kraft treten.

Einvernehmlich wird die Sitzung unterbrochen und der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Herrn Stock von der OVAG, der als Gast eingeladen wurde. Herr Stock verdeutlicht, dass Kosteneinsparungen im Wesentlichen nur über Leistungsänderungen zu erreichen sind. Er signalisiert das Einverständnis der OVAG, den bestehenden Vertrag um ein Jahr zu verlängern, um die Zeit für Gespräche zwischen den Beteiligten (siehe SPD-Antrag) zu nutzen. Zudem erläutert er die Inhalte des Prima-Tickets.

Frau Kamphuis erläutert noch einmal die Handhabung von Schwimm- und Zusatzfahrten. Die Schwimmfahrten und der größte Teil der Zusatzfahrten werden über das Gesamtpaket des Schülerspezialverkehrs abgewickelt. Bei Zusatzfahrten z.B. zu kulturellen Veranstaltungen, die zeitlich nicht im Rahmen des Schülerspezialverkehrs gefahren werden können, werden im Einzelfall entschieden. Dies wird zwischen Schulleitung, OVAG und dem Schulamt abgestimmt. Optimierungsmöglichkeiten würden wie im Antrag angeregt zu prüfen sein.

Auf Nachfrage von Frau Caspers (Bündnis 90/ Grüne) wird erneut bestätigt, dass es keinen Beförderungsanspruch für die OGS Kinder am Nachmittag gibt und dieser auch nicht Bestandteil des geltenden Vertrages ist.

Frau Billstein begrüßt die Empfehlung der Verwaltung, den Schülerspezialverkehr beizubehalten. Sie betont, dass der Schülerspezialverkehr sich

bewährt hat und möchte, dass die Familien in Wipperfürth auch weiterhin hiervon profitieren.

Herr Palubitzki spricht erneut die OGS Kinder an. Er sieht, dass in der heutigen Zeit immer mehr Familien auf die OGS angewiesen sind. Auch hier gibt es ein hohes Verkehrsaufkommen beim Abholen der Kinder in den Nachmittagsstunden.

Herr Mederlet schlägt daraufhin vor, dass die Beschlussempfehlung um Ziffer 5 ergänzt wird. Er formuliert:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die OVAG zu bitten, im Zuge der Sondierungen eine Kostenschätzung für die Auftragsenerweiterung des Schülerspezialverkehrs für die OGS-(Fahr)schüler abzugeben.“

Herr Mederlet fasst zusammen, dass die Vorlage der Verwaltung auf der Grundlage des Antrages der SPD, unter Würdigung des Antrages der CDU, geändert wird und dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung in der kommenden Woche vorgelegt wird.

Der Beschlussvorschlag sieht demnach wie folgt aus:

- (1) Die Hansestadt Wipperfürth erhöht die Einnahmen im Bereich der freiwilligen Beförderung zum Start des 2. Schulhalbjahres 2016/2017 von 180 € bzw. 90 € pro Schuljahr (Hin- und Rückfahrt bzw. eine Fahrt) auf 540 € bzw. 270 € pro Schuljahr (Hin- und Rückfahrt bzw. eine Fahrt). Die betroffenen Eltern werden sofort informiert und die Gleichbehandlung mit Inhabern des Prima Tickets vermittelt.
- (2) Der Beschluss des Ausschuss für Schule und Soziales vom 23.10.2008 wird aufgehoben.
- (3) Die Verwaltung wird beauftragt, den Schülerspezialverkehr zu den Grundschulen beizubehalten und sicher zu stellen.
- (4) Die Verwaltung wird beauftragt, im Einvernehmen mit der OVAG, die schriftliche Zustimmung zur Verlängerung des Vertrages zur Schülerbeförderung bis spätestens 31.07.2018 zu vereinbaren.  
Der bestehende Vertrag wird rechtssicher modifiziert.  
Bis zum Mai 2017 wird die Verwaltung, mit der OVAG und den Grundschulen, dem Ausschuss Schule und Soziales ein neues Konzept vorlegen, das Kosteneinsparungen beinhaltet. Unter anderem sind Fragen eines abgestimmten (eventuell modifizierten) Schulbeginns, der Reduzierung von Stand/ - Bereitschaftszeiten der Busse, eine eventuelle Reduzierung der Buseinheiten und die Optimierung außerordentlicher Schulfahrten zu besprechen und einzubeziehen.  
Die Vertragsgestaltung hat flexible Anpassungsmöglichkeiten der vereinbarten Dienstleistungen zu berücksichtigen.  
Das neue Konzept könnte spätestens zum Schuljahr 2018/2019 in Kraft treten.  
Der ASS wird ggfls. in einer Sondersitzung über das Konzept beraten und dem HFA einen Vorschlag machen.
- (5) Die Verwaltung wird beauftragt, die OVAG zu bitten, im Zuge der Sondierungen eine Kostenschätzung für die Auftragsenerweiterung des Schülerspezialverkehrs für die OGS-(Fahr)schüler abzugeben.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

**1.6 Empfehlungen an den Rat**

- entfällt -

**1.7 Anfragen**

- entfällt -

**1.8 Anträge**

- entfällt -

**1.9 Mitteilungen**

- entfällt -

**1.10 Verschiedenes**

- entfällt -

**BEREICH SOZIALES**

- entfällt -

**2 Nichtöffentliche Sitzung**

- entfällt -

---

Frank Mederlet  
- Vorsitzender -

---

Katja Stracke  
- Schriftführerin -